

Lokal-Anzeiger

FÜR DEN 24. STADTBEZIRK

FELDMOCHING - LERCHENAU - FASANERIE-NORD - HARTHOF - LUDWIGSFELD
SIEDLUNG AM HASENBERGL - SIEDLUNG AM LERCHENAUER SEE

68. Jahrgang

28. Juli 2017

Folge 15

DRUCK & WERBETECHNIK
ALEXOTINS
Print
Plott
Stick
Grashofstr. 11 Tel. 089/314 28 51

24. Stadtbezirk/Lerchenau

Die SPD im Gespräch mit Bürgern

Für die Schüler Bayerns ist das Schuljahr zu Ende, die Lehrerschaft hat auf Urlaubsmodus geschaltet und auch die Eltern lassen es ruhiger angehen; bei großen Firmen wie BMW ruht für ein paar Wochen die Produktion. Nur die Bundestagskandidaten, die sich am 24. September zur (Wieder-)Wahl stellen, sind im Dauereinsatz, um Vereinsfeste zu besuchen, Dämmer-schoppen in Biergärten zu veranstalten oder Radtouren durch den Wahlbezirk zu unternehmen. Und sie stürzen sich in die Diskussion mit Bürgern. Auf der anderen Seite ist dies auch eine gute Zeit für Bürgervereinigungen, Politikern ihre Anliegen näher zu bringen und sie womöglich zu Aktionen zu bewegen.

Am Mittwoch, den 12. Juli wollte die SPD unter dem Motto „Gut leben und arbeiten in München“ mit den Bewohnern der Lerchenau ins Gespräch kommen. Von SPD-Seite waren der Bundestagsabgeordnete für den Münchner Norden, Florian Post, sowie Stadträtin Heide Rieke und Reinhard Bauer mit von der Partie. Auf der anderen Seite standen einige Bürger sowie fünf Vertreter von vier Vereinen beziehungsweise Initiativen. Diskutiert wurde über die ungebremste Bebauung beziehungsweise Nachverdichtung, die immer stärker spürbare Enge in der Stadt und über das damit verbundene Verkehrschaos auf den Straßen sowie die schlechte Luft selbst am Stadtrand. Auch die Feldmochinger Kurve war ein Thema.

Soll München zugebaut werden, bis die letzte Grünfläche weg ist?

So wollte ein Bürger wissen, wie es mit dem Eggarten weitergeht. Laut Stadträtin Rieke gibt es Überlegungen, wie das Gebiet entwickelt werden soll. Mehr dürfe sie nicht sagen.

Ein anderer Bürger beschrieb die heute gängige Spirale von Wohnungsbau, dem Schaffen neuer Arbeitsplätze, dem Zuzug von Neu-Münchnern, dem Schaffen weiterer Wohnungen und weiterer Arbeitsplätze, dem Zuzug ... und wollte wissen, was man mache, wenn alles zubetoniert sei? Während Florian Post dem Statement zustimmte mit „theoretisch haben Sie Recht“ verwahrte sich

Stadträtin Rieke gegen das Wort zubetonieren. Davon könne ja keine Rede sein. Dem Einwurf eines anderen Bürgers, der die zunehmende Enge in München beklagte und eine „Entzerrung“ forderte, stimmte Reinhard Bauer grundsätzlich zu. Er gab aber zu bedenken, dass die bayerische Staatsregierung eher schlecht als recht mit der Ausgliederung von Ministerien und der Digitalisierungs-offensive versuche, strukturschwache Räume zu stärken.

SPD-Stadträtin Rieke: „Bauen hat für uns oberste Priorität“

Ein anderer Bürger wollte wissen, ob es richtig sei, dass die SPD-Spitze mit einer Handvoll Bauträgern eine neue Sobon (Sozialgerechte Bodennutzung) ausgehandelt habe, mit mehr Profit für Stadt und Bauträger auf Kosten der Grünflächen. Denn wie zu erfahren war, sinkt die Grünfläche, die einem Münchner zugestanden wird, nun von 32 qm vor einigen Jahren auf einen Orientierungswert von nur noch 15 qm innerhalb des Mittleren Rings und 20 qm außerhalb. Laut Rieke könne man das stark vereinfacht zwar so sagen, ganz so einfach sei es aber auch nicht. Am Verhandlungstisch hätten Verbandsvertreter gesessen und keine Handvoll Bauträger. Im Weiteren ging sie auf die Besonderheiten der Sobon ein, die in München eine Vorreiterrolle spielte. Mit ihr wurde schon viel sozialgebundener Wohnungsbau geschaffen und eine Menge für die Infrastruktur erreicht. Durch die Minderung der Orientierungswerte entstünden außerdem nicht weniger Grünflächen, nur mehr Menschen würden sie nutzen. Der Fokus der Stadt liege auf dem Ausbau größerer, zusammenhängender Grünzüge. Die geringeren Werte seien eh schon gängige Praxis – siehe die Bebauung Ratold-/Raheinstr. Den Einwand eines Gastes „man hätte ja bloß die vier Punkthochhäuser wegzulassen brauchen, konterte Rieke: Ziel ist es, so viel Wohnraum wie möglich unterzubringen. Wohnen ist ein Grundrecht, nicht nur für Ingenieure von BMW, sondern auch für Kran-



kenschwestern. „Bauen hat für uns oberste Priorität und darauf sind wir stolz.“

Keine Erhebungen zu den Verkehrsströmen

Studien belegen, dass die Schadstoffbelastung bei Stickstoffdioxid selbst im 24. Stadtbezirk stellenweise über der Grenze liegt (siehe Seite 3). Ein Gast wollte deshalb wissen, wie die Stadtregierung künftig die Luft reinhalten möchte. Laut Rieke wäre ein Verbot für Dieselfahrzeuge in München kaum sinnvoll, weil sämtlicher Lieferverkehr und die städtischen Fahrzeuge mit Diesel fahren. Nach ihrer Ansicht ist dies eine Aufgabe des Landes. Die Stadt plane ja die notwendigen Tangenten bei U-Bahn, S-Bahn und Bus. Dass es hier Defizite gebe und man noch mehr tun müsse, räumte sie ein.

Eine weitere Frage zum Thema Verkehr: Gibt es belastbare Erhebungen über die Verkehrsströme, um daraus Erkenntnisse zu erlangen? Wer fährt wann wohin und warum? Laut Rieke gibt es diese für das Stadtgebiet nicht.

Auch parkende Autos verstopfen zunehmend die Straßen. Ein Bürger hielt deshalb den Stellplatzschlüssel in Neubaugebieten für nicht ausreichend. Auch bei der Neubebauung Ratold-/Raheinstr. liege der Stellplatzschlüssel unter einem pro Wohnung. Der Aussage widersprach Rieke. Mobilitätskonzepte wie Carsharing sollen in Zukunft die Lösung sein – wenn Bauträger diese anbieten, sinke der Stellplatzschlüssel.

Feldmochinger Kurve: Bald 48 Züge oder noch viel mehr?

Der Bundestagsabgeordnete Post plädierte dafür, in diesem Punkt den politi-



riepl
Elektrotechnik & mehr

Mitarbeiter gesucht!

Meisterbetrieb
Wolfgang Riepl
Auwasserweg 15
80995 München

Tel.: 089 - 313 13 81
Fax: 089 - 313 99 78

Putziges



Tortenhäus'l
im Bergl



„Kuchen & Torten zum Mitnehmen“

Stephan Fischer
Bergl 1
85764 Oberschleißheim
(Früher Feldmochinger Seehaus)

PODOLOGIE
B. Geissler
Fachpraxis
Medizinische
Fußpflege



Das ganze Spektrum professioneller
Podologie · Medizinischer Fußpflege

Furtweg 13
85716 Unterschleißheim
Tel. 089 - 90 16 81 97
brigittegeissler@gmx.net

Termine nach Vereinbarung
Früh- oder Abendtermine für Berufstätige

Impressum:
LOKALANZEIGER FÜR DEN 24. STADTBEZIRK
Verlag und Druck: Verlag Lokalanzeiger, Alexander Tins,
Grashofstr. 11, 80995 München, Telefon 0 89 / 3 14 28
51. Fax 0 89 / 3 14 52 46.
Alleininhaber Alexander Tins, Kaufmann, Anschrift s. o.
Veröff. gem. § 8 Bay.Pr.G.
Verantwortlich für Text und Anzeigen: Alexander Tins.
Redaktion: Renate Regnet-Seebode.
Anschrift s. Verlag.
Das Blatt erscheint 14-tägig freitags. Bezugspreis jähr-
lich Euro 21,-.
Bankverbindung: Raiffeisenbank München-Feldmoching,
Kto.-Nr. 40487, BLZ 701 694 65. Bestellungen direkt beim
Verlag.
Die veröffentlichten Artikel stellen die Meinung des Ver-
fassers dar. Für unverlangt eingesandte Artikel über-
nimmt der Verlag keine Haftung.

Fortsetzung von Seite 1

schen Druck aufrechtzuerhalten, um einen Lärmschutz entlang der Trasse zu bekommen. Die Bürger sollten nach der Bundestagswahl mit den gewählten Mandatsträgern noch einmal einen Ortstermin machen.

Stadträtin Rieke berichtete, dass derzeit das Genehmigungsverfahren für das Stellwerk Milbertshofen läuft. Wenn das genehmigt und gebaut wird, muss es Änderungen am Bahnübergang bei der Wilhelmine-Reichard-Str. geben, für die ein Genehmigungsverfahren nötig sein wird. Das sei ein Hebel, um etwas in Sachen Lärmschutz zu erreichen. Derzeit wird, so Rieke, ein von der Stadt, dem Umland und BMW in Auftrag gegebenes Gutachten erstellt, um den DB-Nordring für Personenverkehr zu nutzen. Nicht ausgeschlossen ist aber, dass darüber auch ab ca. 2037 der Zulaufverkehr für den Brennerbasistunnel erfolgt. Nach dem Wunsch der Stadt sollte dieser Zubringer allerdings nicht durch München, sondern über die östliche Trasse führen.

Karola Kennerknecht

Gleisbegehung, die erste

Vor dem Gespräch mit SPD-Vertretern fand mit rund 30 Teilnehmern, meist vom Bahnlärm Betroffene, eine „Besichtigung“ des Industriegleises statt. Angeregt hatte dies Reinhard Bauer, der im BA 24 für die SPD sitzt.

Erster Begehungsort war der Garten Berberitzenstr. 81d; das Haus steht nur 12 m vom Gütergleis entfernt, der Garten grenzt an den Gleisbereich an. Aufgefordert vom Bundestagsabgeordneten Post über ihre Betroffenheit zu berichten, beklagten alle Anwohner vor allem den Lärm in den Nacht, mit der Folge, dass man immer wieder aufwache – ein Schlafen bei geöffnetem Fenster sei vielfach nicht möglich. Aber auch tagsüber sei es nicht möglich, sich während der Vorbeifahrt eines Zuges zu unterhalten. Es wurde die Angst geäußert, dass sich die Zugzahlen womöglich zumindest verdoppeln. Da tagsüber eine Begrenzung durch die S1 bestünde, rechnet man vor allem mit einer Zunahme in der Nacht.

Anschließend wurde kurz vom Ergebnis der Erörterungen berichtet, die am Vormittag stattgefunden hatten; beklagt wurden die widersprüchlichen Angaben der Bahn selbst und dass ein eigenes Planfeststellungsverfahren für die Feldmochinger Kurve entgegen früheren Aussagen nicht mehr stattfinden soll, jedoch ein eigenes Planfeststellungsverfahren für den Gleisübergang an der Wilhelmine-Reichard-Str.

Erwähnt wurde vielfach, dass mehrmals im Jahr nachts am Gleis gearbeitet werde, und das ohne Vorankündigung. Dabei werde ein Lärm verursacht, der an die Schmerzgrenze gehe und der jeden Schlafenden in der Nähe aufrüttle.

Der BA-Vorsitzende Markus Auerbach befürwortete zwar, dass die Stadt den Lastwagenverkehr auf die Schiene verlagern möchte; dies dürfe jedoch nicht auf dem Rücken von wenigen Bürgern ausgetragen werden. Hier müsste man die Stadt in die Pflicht nehmen, zumal diese eine Menge Steuergelder von BMW kaschiere.

Als dann ein Güterzug vorbeifuhr, erschrak Post selbst ob des Lärmpegels.

Beim anschließenden Spaziergang durch die Berberitzenstr. bekam der Bundestagsabgeordnete einen Eindruck, wie viele Anwohner vom Bahnlärm betroffen sind. Er versprach, sich für deren Belange einzusetzen. Wichtig sei aber vor allem aber, dass die Betroffenen selbst nicht aufhörten, für ihre Forderungen zu kämpfen und immer wieder öffentlich auf ihre Belastung hinzuweisen.

Monika Barzen, Vorstandsmitglied beim Aktionskreis contra Bahnlärm (A. c. B.)

Lerchenau

A. c. B. im Gespräch mit Politikern

Ein zweites, richtig großes Stelldichein von Politikern verschiedener Couleur und Ebenen gab's am Freitag, den 14. Juli erneut in der Lerchenau. Die Bürgerinitiative A. c. B. (Aktionskreis contra Bahnlärm) hatte einen „Gleisspaziergang“ an der Berberitzenstr. organisiert, auf dass sich die Politiker vor Ort ein Bild machen konnten, was es für die Anwohner bedeutet, wenn die von der Bahn prognostizierten durchschnittlich 48 Züge pro Tag ohne Lärmschutz in wenigen Jahren Wirklichkeit werden.

Viel gegangen wurde an diesem Nachmittag zwar nicht und der ein oder andere Politiker verschwand nach dem Austausch politischer Statements mit dem Hinweis auf den nächsten Termin schnell wieder. Andere spazierten aber immerhin ein paar Meter die Berberitzenstr. entlang, um sich einen Eindruck davon zu verschaffen, wie nahe die Häuser am Bahnleis stehen – um zugleich aber auch festzustellen, wie schwierig an manchen Stellen die Errichtung einer Lärmschutzwand wäre. Die nah stehenden Häuser wären hier von starker Verschattung bedroht und vor allem wäre die Erschließung der Grundstücke über die Berberitzenstr. nicht mehr gegeben. Eine schwierige Situation.

Bahn will den Lückenschluss ohne neues Verfahren bauen

Komplex ist auch die rechtliche Lage. Die Bahn stellt sich nach wie vor auf den Standpunkt, die Feldmochinger Kurve ohne neues Planfeststellungsverfahren zu bauen, da diese bereits 1993 genehmigt wurde. Und da es sich um ein Bestandsgleis handelt, brauche es auch keine Lärmschutzmaßnahmen. Die Stadt München lässt seit Februar diesen Standpunkt juristisch prüfen, ein Ergebnis hat Stefanie Bartle, die 1. Vorsitzende des Vereins, bislang nicht bekommen. Laut Bahn sollen sich durch die Feldmochinger Kurve die Zugzahlen nicht ändern. Die Anwohner können das nicht glauben und befürchten eine schleichende Erhöhung bis hin zu 100 Zügen pro Tag und mit Zuständen wie 2016, als durch die Sperrung der Strecke Regensburg – Nürnberg plötzlich bis zu 70 Züge pro Tag das Industriegleis nutzten. Zudem ist die Strecke im Bundesverkehrswegeplan als Alternativroute hin zum Brennerbasistunnel verzeichnet.

Die Forderungen von A. c. B. an die politischen Ebenen

A. c. B. fordert daher entlang der Berberitzenstr. eine durchgehend hohe Lärmschutzwand, eine Deckelung des Zugverkehrs, vor allem in der Nacht, und eine Geschwindigkeitsreduzierung von 60 auf 30 km/h.

Forderungen an die Stadt: Sollte auch nur der kleinste juristische Zweifel bei

der rechtlichen Prüfung auftauchen, möge die Stadt ein Planfeststellungsverfahren einklagen, damit die Anwohner eine Chance auf Lärmschutz erhalten. Andernfalls solle die Stadt selbst für Lärmschutz sorgen. Die Anwohner wären zu einem finanziellen Beitrag bereit.

Forderung an den Freistaat:

Züge, die nicht direkt mit München etwas zu tun haben, sollten nicht länger durch die am dichtesten bebaute Stadt Deutschlands fahren, sondern um die Großstadt geführt werden.

Forderungen an den Bund: Auf Gesetzesebene sollte endlich der Bestandschutz abgeschafft werden, wenn sich Zugzahlen dramatisch ändern. Es sollten weitere Gesetze für mehr Lärmschutz erlassen werden. Und drittens sollte das Eisenbahnbundesamt als Aufsichtsbehörde endlich die Zugprognosen der Bahn auf Plausibilität prüfen.

Diese Standpunkte vertreten die Politiker

Wiewohl Politiker aller Ebenen an diesem Nachmittag vertreten waren, drängte sich den anwesenden Bürgern am Schluss wieder einmal der Eindruck auf, dass offensichtlich keiner zuständig ist und keiner Einfluss auf die Bahn hat (oder mag?). Auch auf Nachfrage, was sie nun konkret tun würden, kam wenig.

Laut **Bernhard Loos** (Bundestagskandidat, CSU) hat die Regierung, wie Verkehrsminister Dobrindt ihm in einem Gespräch bestätigte, nur mittelbaren Einfluss auf die Bahn. Seiner Ansicht nach hat die Kommune die meisten Handlungsmöglichkeiten. Die rechtliche Situation werde sich wohl nur vor Gericht klären lassen.

Daniel Föst (Bundestagskandidat, FDP) dagegen argumentierte, dass die Bundesregierung im Bahnaufsichtsrat sitze und auch über die Bezuschussung von Vorhaben, etwa für den Lärmschutz, steuernd eingreifen könne. Wenn die Zugzahlen sich so dramatisch erhöhten, wie von den Anwohnern beschworen, dann würden die geänderten Rahmenbedingungen ein neues Planfeststellungsverfahren rechtfertigen. Von Bestandschutz könne bei 50, statt fünf Zügen wie früher doch nicht mehr die Rede sein.

Auch **Markus Auerbach**, seines Zeichens Jurist und BA-24-Vorsitzender (SPD), sieht die „Stellschrauben“ auf Bundesebene.

Das Eisenbahnbundesamt sei die zuständige Genehmigungsbehörde und führe das Planfeststellungsverfahren durch. Antragsteller sei die DB AG, die im Eigentum des Bundes sei. Auch könnten sich Bundestagsabgeordnete etwa um Änderungen im Bundes-Immissionsschutzgesetz bemühen und



beispielsweise eine Ballungsraumklausel einführen. Und weiter: „Sie sind alle Parlamentarier und damit in der Lage, die Spielregeln zu ändern.“ Loos versprach daraufhin, sich für Gesetzesänderungen einzusetzen, da dieses Problem ja an vielen Stellen in Deutschland auftrete.

Doris Wagner (Bundestagsabgeordnete, Grüne) versprach, noch in der laufenden Wahlperiode eine „Kleine Anfrage“ in Sachen Zugzahlen ans Verkehrsministerium zu stellen (Entwicklung der letzten Jahrzehnte anhand tatsächlicher Fahrpläne der Bahn, Prognose für die nächsten Jahren inklusive Feldmochinger Kurve und Brennerbasistunnel). Sie möchte die Bahn nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.

Nach Ansicht des CSU-Landtagsabgeordneten **Joachim Unterländer** muss es erklärtes Ziel sein, ein Planfeststellungsverfahren zu erreichen, denn die Rechtslage gebe keine Lärmschutzmaßnahmen her. Wenn es einen klaren politischen Willen auf allen Ebenen gebe, werde sich die Bahn ihr Verhalten wohl überlegen.

Laut **Christoph Becker** (Vertreter der Linken) sind 50 Züge „verdammte wenig“, da werde man keinen Lärmschutz durchsetzen. Aber wenn man dereinst auch den Personenverkehr hin zum DB-Nordring leite, man also ein vernünftiges Schienenkonzept habe, dann seien das andere Bedingungen.

Diana Stachowitz (SPD-Landtagsabgeordnete) regte an, die juristische Problematik vom Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestags klären zu lassen. Mit Stachowitz wurde zudem vereinbart, dass der Verein eine Petition im Landtag stellt, die sie versprach voranzutreiben.

Diese Petition wurde inzwischen eingestellt. Darin wird um eine Analyse gebeten, welche Lärmschutzmaßnahmen machbar sind und welche Entlastungen sie den Anwohnern bringen. Und natürlich wird dann auch deren Umsetzung gefordert.

Fazit des Vereins: Mit dem Termin wurde der Bekanntheitsgrad des jungen Vereins gesteigert, die Politiker konnten sich anhand von drei Zügen selbst ein Bild von der Situation machen und A. c. B. wird sie an ihre Zusagen, unterstützend tätig zu werden, nach der Wahl erinnern.